

Für den in der Bundeswehr so vielbeschworenen Primat der Politik folgt hieraus: Dieser gilt ausschließlich innerhalb der Schranken von (Völker-) Recht und (Grund-)Gesetz – jenseits davon herrscht die Pflicht zur Verweigerung, zumindest aber, nach dem Urteilsspruch von Leipzig, der Primat des Gewissens.

Dipl.-Pädagoge Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr. Er vertritt in diesem Beitrag nur seine persönlichen Auffassungen. Der Text ist das Manuskript eines Vortrages bei der Mitgliederversammlung der Zentralstelle KDV am 11. November in Berlin.



Ullrich Hahn

Friedensgeschichte

Überblick über die Geschichte der deutschen Friedensbewegung und des Versöhnungsbundes seit dem Ersten Weltkrieg

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges gab es in Deutschland keine spürbare Opposition gegen den Krieg.

Die seit 1892 bestehende Deutsche Friedensgesellschaft hielt Verteidigungskriege moralisch für legitim und das galt aus ihrer Sicht auch für den Kriegseinsatz 1914.

Die Kriegsdienstverweigerung war damals für die bürgerliche Friedensbewegung kein Thema.

Das gleiche Denken herrschte im Ergebnis auch in der Arbeiterbewegung. Zwar kritisierte die SPD den preußischen Militarismus, stellte aber letztlich die nationale Solidarität über den verbalen Internationalismus der Arbeiterbewegung. Nur wenige radikale Sozialisten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht widerstanden 1914 der Kriegsbegeisterung und kamen während des Krieges wegen ihrer Haltung in Haft.

Eine theologische Rechtfertigung erfuhr der Krieg durch die Kirchen. Insbesondere die evangelischen Landeskirchen waren nationalkonservativ geprägt und standen politisch rechts. Eine friedenskirchliche Tradition gab es in Deutschland nicht. Die Gewalt ablehnenden Täuferbewegungen des 16. und 17. Jahrhunderts wurden verfolgt und aus Deutschland vertrieben. Sie wanderten überwiegend nach Amerika aus, viele Mennoniten auch noch im 18. und 19. Jahrhundert nach Russland, wo ihnen das Privileg der Kriegsdienstverweigerung zugesichert wurde. Die in Deutschland verbliebenen Mennoniten hatten sich angepasst und beteiligten sich am Krieg.

In diesem geistigen Umfeld trafen sich am Vorabend des Krieges vom 1. bis 3. August 1914 in Konstanz etwa 90 protestantische Theologen aus 12 Ländern, insbesondere aus England und den USA, sechs Teilnehmer kamen aus Frankreich und drei aus Deutschland, um – leider zu spät und zu schwach – die Stimme gegen den Krieg zu erheben.

Die Konferenz musste wegen des Krieges vorzeitig abgebrochen werden. Aus ihr entstand aber der »Weltbund für internationale Freundschaftsar-

beit der Kirchen«, der erste Zweig der ökumenischen Bewegung, und aus einem Versprechen von englischen Teilnehmern und dem deutschen Pfarrer Friedrich Siegmund-Schultze der Internationale Versöhnungsbund.

Die Friedensgesinnung der Konstanzer Konferenzteilnehmer hatte trotz der tiefen persönlichen Verbundenheit untereinander zumindest bei den wenigen deutschen Teilnehmern ihre Grenze: Friedrich Siegmund-Schultze rechtfertigte kurze Zeit später noch den deutschen militärischen Vormarsch durch das neutrale Belgien.

Christlich motivierte Kriegsdienstverweigerer gab es in Deutschland keine (dagegen in England ca. 16.000, in den USA etwa 60.000, in Russland wurden etwa 1.000 registriert, zumeist Anhänger Leo Tolstois). Die wenigen Einzelgänger, die den Militärdienst offen ablehnten, wurden nicht einmal einer Bestrafung für würdig empfunden; sie wurden als geisteskrank behandelt (so auch der Arzt Georg Friedrich Nicolai, der seine Erfahrungen und Gedanken in dem umfangreichen Werk »Die Biologie des Krieges« niederschrieb). Einige Kriegsgegner flohen ins Ausland (Hermann Hesse, Augustin Souchy u.a.) oder versuchten, ihre Überzeugung in kleinen privaten Gesprächszirkeln aufrecht zu erhalten (Gustav Landauer, Erich Mühsam u.a.).

Erst mit zunehmender Dauer des Krieges und den Versorgungsschwierigkeiten für die Bevölkerung kam es auch zu einzelnen Befehlsverweigerungen im Heer, zu Streiks der Rüstungsarbeiter und schließlich im November 1918 zum Ungehorsam der Matrosen der Kriegsmarine und der hieraus entstehenden Revolution.

Die Weimarer Republik 1918–1933

Die Niederlage im Krieg wurde in Deutschland unterschiedlich und gegensätzlich interpretiert:

Der SPD-Politiker und erste Reichspräsident Friedrich Ebert empfing die zurückkehrenden

Truppen als »im Felde unbesiegt« und unterstützte damit den Mythos eines Dolchstoßes im Rücken. Das siegreiche deutsche Heer sei von der Heimat im Stich gelassen worden.

Eine deutsche Kriegsschuld – von den Siegern im Versailler Vertrag diktiert und jedenfalls heute von Historikern nicht mehr in Frage gestellt – wurde offiziell und von der Mehrheit der Bevölkerung geleugnet. Vorherrschend war ein Geist der Revanche.

Zum Ausdruck kam dies unter anderem in den Strafprozessen vor dem Reichsgericht in Leipzig. Dort sollten sich nach dem Diktat der Siegermächte etwa 1.000 namentlich genannte deutsche Kriegsverbrecher, zumeist Offiziere des Heeres und der Marine, verantworten. Die Akten dieser Prozesse belegen einerseits, dass es diese von den Alliierten genannten Kriegsverbrechen tatsächlich gegeben hatte, andererseits die Täter äußerst milde behandelt, die meisten Verfahren verschleppt und später eingestellt, viele der Täter freigesprochen oder im Falle der Verurteilung vom Reichspräsidenten begnadigt wurden.

Nur eine Minderheit der Deutschen zog die Konsequenz eines »Nie wieder Krieg«. Neben dem deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes entstanden nach 1919 eine Reihe anderer Friedensorganisationen, insbesondere auch der »Friedensbund deutscher Katholiken«, die sich mit der weiter bestehenden »Deutschen Friedensgesellschaft«, dem Bund der religiösen Sozialisten, den Quäkern und anderen zum »Deutschen Friedenskartell« zusammenschlossen.

Vorrangige Themen der Friedensbewegung waren die Unterstützung des Völkerbundes, die Abrüstung beziehungsweise der Widerstand gegen die geheime Aufrüstung über die im Versailler Vertrag genannten Grenzen des Hunderttausend-Mann-Heeres hinaus und die Friedenserziehung.

Schon kurz nach dem Krieg organisierte der Versöhnungsbund Begegnungen mit französischen Freunden, unterstützte die deutsch-polnische Verständigung, insbesondere durch die Tätigkeit von Hermann Stöhr als Reisesekretär.

Der vom Schweizer Versöhnungsbundmitglied Pierre Ceresole gegründete Service Civil International lud schon 1920 zu einem Aufbaulager nach Verdun ein, wo auch deutsche Freiwillige sich an der Beseitigung von Kriegsschäden beteiligten.

Seit 1920 gab es jeweils zum Jahrestag des Kriegsbeginns am 1. August in vielen Städten Kundgebungen unter dem Motto »Nie wieder Krieg«, an denen sich zunächst mehrere hunderttausend Menschen beteiligten; bis 1924 gingen diese Zahlen auf einen kleinen Rest zurück. Die Erinnerung an den Krieg verblasste schnell. Innenpolitische Probleme, die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen 1923, Inflationen und die damit einhergehende Verarmung überlagerten die Friedensthematik. So hatte der Friedens-

bund der Kriegsteilnehmer noch 1920 über 30.000 Mitglieder, 1926 nur noch 750. Auch der deutsche Zweig des Versöhnungsbundes war mit etwa 170 eingeschriebenen Mitgliedern in der Mitte der 20er Jahre recht übersichtlich.

Von Seiten der Justiz und gewaltbereiten rechtsnationalen Gruppen standen die Kriegsgegner während der ganzen Weimarer Zeit erheblich unter Druck: Die offene Kritik an der heimlichen Aufrüstung der Reichswehr wurde als Hoch- und Landesverrat geahndet. Über 10.000 Ermittlungsverfahren wurden allein aus diesem Grund gegen Kritiker des Militärs eingeleitet, mehr als 1.000 Personen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Von Seiten rechtsnationaler Gruppen mussten prominente Pazifisten um ihr Leben fürchten. Viele wanderten deshalb aus, so auch Georg Friedrich Nicolai 1922 nach Lateinamerika, Prof. Friedrich Wilhelm Foerster 1922 in die Schweiz, Kurt Tucholsky 1929 nach Schweden.

Kurz nach dem Krieg wurde Hans Paasche, ein Marineoffizier, der noch während des Krieges zum Kriegsdienstverweigerer wurde, von Freikorpsmitgliedern ermordet. Seine Mörder wurden nie zur Verantwortung gezogen. Dies entsprach der damaligen Rechtspraxis der reaktionären Justiz: Während der Weimarer Zeit wurden 354 namentlich bekannte rechtsradikale Mörder von der deutschen Justiz systematisch gedeckt. Von den 22 ermittelten linksradikal eingestellten Mördern erhielten 10 die Todesstrafe und wurden erschossen (*Wolfram Wette in Helmut Kramer/Wolfram Wette, Recht ist, was den Waffen nützt. Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert, Aufbauverlag Berlin, 2004, S. 135*).

■ Das »Dritte Reich«, 1933–1945

Am 31. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag. Dieses Ereignis wurde zum Vorwand für die Verhaftung Zehntausender von Gegnern des Nationalsozialismus, darunter viele engagierte und prominente Pazifisten, so z.B. Carl von Ossietzky, der noch während seiner Haft den Friedensnobelpreis erhielt und 1938 im KZ starb; auch viele andere verließen die Arbeits- und Konzentrationslager nicht mehr lebend oder nur als gebrochene Menschen. Auch der schon erwähnte Erich Mühsam wurde 1934 im KZ erschlagen.

Friedrich Siegmund-Schultze, der Mitbegründer des Internationalen Versöhnungsbundes, emigrierte 1933 in die Schweiz und blieb dort bis nach dem Krieg. Wie er suchten viele andere Gegner des Nationalsozialismus ihr Heil in der Flucht. Bis 1939 emigrierten etwa 500.000 Menschen aus Deutschland, darunter 350.000 Juden.

Viele Intellektuelle ließen sich in Frankreich nieder; 80.000 Deutsche, darunter viele Schriftsteller und Künstler, fanden dort Asyl. Im Juni 1940

wurden sie allerdings in Frankreich und England als »feindliche Ausländer« interniert und in Frankreich den siegreichen deutschen Truppen übergeben.

Der deutsche Versöhnungsbund löste sich 1933 selbst auf, ebenso wie viele andere Organisationen.

Die Kirchen, insbesondere die evangelischen Landeskirchen, sympathisierten auch nach 1933 mit dem gewaltbereiten und gewaltausübenden Staat.

Kriegsdienstverweigerung war für deutsche Christen nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 noch immer kein Thema. Das galt auch für die Bekennende Kirche, deren Mitglieder sich 1939 ebenso freiwillig zu den Waffen meldeten wie die übrigen Glieder der nationalkonservativen Landeskirchen.

Nur wenige Christen aus den evangelischen und katholischen Kirchen verweigerten 1939 den Kriegsdienst. Darunter der vormalige Reisesekretär des Versöhnungsbundes, Hermann Stöhr. Er wurde am 18. Juni 1940 hingerichtet. Auch der katholische Priester Max Josef Metzger war Mitglied des Versöhnungsbundes gewesen; er wurde 1944 hingerichtet. Zu erinnern ist auch an den österreichischen Bauern Franz Jägerstetter, der ohne jeden Zusammenhang mit der vormaligen Friedensbewegung den Kriegsdienst verweigerte und 1943 hingerichtet wurde.

Insgesamt ergingen 251 Todesurteile gegen prinzipielle Kriegsdienstverweigerer, die meisten von ihnen Zeugen Jehovas.

Im Laufe des Krieges wurden weitere ca. 30.000 Todesstrafen gegen Kriegsgegner ausgesprochen, viele wegen Gehorsamsverweigerung; 22.000 Todesstrafen ergingen gegen Deserteure.

Das »Dritte Reich« und der Zweite Weltkrieg haben in Deutschland so tiefe Spuren hinterlassen, unermessliche Schuld aufgehäuft und Leid erzeugt, dass die Jahre von 1933 bis 1945 mit ihren Bergen von Schutt und Scham alles verdecken, was vorher war. Der Erste Weltkrieg spielt seither in der Erinnerung der noch lebenden Generationen keine Rolle mehr.

■ 1945 bis heute

Seit dem 8. Mai 1945 gab es in Deutschland keine spürbaren Kriegseinsätze mehr. Die Liste der Gefallenen auf den Denkmälern in Dörfern und Städten hören mit diesem Datum auf. In den Jahren nach 1945 war wohl zum ersten Mal in der jüngeren deutschen Geschichte die Ablehnung des Militärs und der Wunsch des »Nie wieder« mehrheitsfähig. Dennoch wurde die Vergangenheit in den ersten Jahrzehnten nach 1945 nur oberflächlich aufgearbeitet. Im Bewusstsein der meisten Menschen blieb 1945 das Jahr der Niederlage, nicht das der Befreiung.

Abgesehen von den Spitzen des Naziregimes

blieben seine Handlager ungeschoren und prägten die Gesellschaft der Bundesrepublik aus der zweiten Reihe. Kein einziger der 3.000 Militärjuristen des Dritten Reiches musste sich für die 30.000 Todesurteile gegen die Kriegsgegner verantworten; das Gleiche gilt für die Richter des so genannten Volksgerichtshofes. Zwei von ihnen erlebte ich noch nach ihrer Pensionierung als Vorsitzende in den Prüfungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerer.

Im Zuge des Ost-West-Konflikts, der innerdeutschen Grenze und des Koreakrieges wurde schon ab 1950 die neue Aufrüstung der Bundeswehr und deren Einbindung in das westliche Bündnis geplant.

Für die sich seit 1950 neu formende Friedensbewegung war und blieb der Widerstand gegen die Auf- und spätere Weiterrüstung das Hauptthema. Zu Beginn waren auch noch die oppositionelle SPD und die Gewerkschaften aktiv gegen eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die dadurch vertiefte Teilung Deutschlands. 1958 konkretisierte sich der Widerstand auch gegen die damals geplante atomare Bewaffnung der Bundeswehr im »Kampf dem Atomtod«.

1960 begannen die jährlichen Ostermärsche gegen Rüstung und Militär, die mit unterschiedlichen Teilnehmerzahlen bis heute einen Teil der öffentlichen Friedensaktivitäten in Deutschland bestimmen.

Einen zahlenmäßigen Höhepunkt erreichte die Friedensbewegung nach den 50er Jahren erst wieder 1983 in den Demonstrationen und Aktionen gegen die Nachrüstung mit atomar bestückten Mittelstreckenraketen. Jahrelang konzentrierten sich die Aktionen auf Blockaden der Zufahrten zu den atomaren Stützpunkten in Württemberg und in der Eifel. Tausende von Demonstranten wurden – wie in den 50er Jahren – vor Gericht zu Strafen verurteilt.

Nach Auflösung des Ost-West-Gegensatzes 1990 begann für die Bundeswehr eine neue Ära der »humanitären Interventionen« im ehemaligen Jugoslawien, Somalia, Kambodscha, Afghanistan, Kongo und jetzt Libanon. Damit ging und geht einher auch eine neue Akzeptanz des Militärs im Straßenbild. Soldaten zeigen sich in Uniform, die wir in den 60er Jahren noch vor Verlassen der Kaserne zum Wochenende schamhaft ausgezogen hatten.

Mit Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1956 konzentrierte sich die Arbeit einiger Friedensorganisationen, auch des Versöhnungsbundes, auf die Beratung und Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern sowie die gesetzliche Abschaffung der Gewissensprüfungen für diesen Personenkreis. Heute ist dies weitgehend Vergangenheit. Kriegsdienstverweigerer müssen sich zwar noch pro forma auf ihr Gewissen berufen und leisten im Übrigen einen zivilen Ersatzdienst von der gleichen Länge wie der Wehrdienst. Viele von

ihnen, wenn nicht die meisten, halten das Militär für notwendig und gut, wollen nur aus verschiedenen persönlichen Gründen nicht in eine Kaserne gehen.

Der Versöhnungsbund wurde in Deutschland schon im Februar 1946 neu gegründet, unterstützt durch viele Freunde aus den USA und England, die sich im Rahmen von Hilfs- und Versöhnungsdiensten gleich nach dem Krieg in Deutschland engagierten.

1949 hielt der Versöhnungsbund in Comburg/Baden-Württemberg seine erste Jahrestagung nach dem Krieg ab. Teilnehmer waren über viele Jahre auch immer wieder Freunde aus Frankreich, z.B. Henri Roser und André Trocmé, aus England z.B. Frau Muriel Lester.

In der Folgezeit standen Mitglieder des Versöhnungsbundes Pate bei der Gründung einer Vielzahl von Friedensdiensten (Aktion Sühnezeichen, Eirene, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden), Menschenrechts- und Friedensorganisationen (Zentralstelle für Recht und Schutz für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, Ohne Rüstung leben) und Schulungszentren für gewaltfreie Aktion und Friedensarbeit (Freundschaftsheim Bückeberg, Kurve Wustrow). Seine Mitglieder engagierten und engagieren sich neben den traditionellen Friedenthemen auch in der Bewegung gegen Kernkraftwerke und für Belange des Umweltschutzes, in der Arbeit für Flüchtlinge und für andere sozial ausgegrenzte Menschen (z.B. in den Lebenshäusern).

Eine besondere Geschichte hatte die Friedensbewegung in der DDR. Erstmals seit der Reformation standen hier die evangelischen Landeskirchen in Opposition zu Staat und Regierung. Die Kirchen wurden dadurch – teilweise recht ungewollt – zu Kristallisationspunkten für Friedens- und Umweltgruppen, Gesprächszirkel und Widerstandskreise. Die Kirchen begleiteten auch die erhebliche Zahl von Bausoldaten und Totalverweigerern; unter ihrem Dach sammelte sich die Bewegung »Schwerter zu Pflugscharen«.

1989 entstand auf diese Weise erstmals in der deutschen Geschichte aus dem Schoß der Kirche eine gewaltfreie Revolution, unter deren sanften Druck Staatssicherheitsdienst- und Polizeieinheiten kapitulierten und die Mauer fiel.

Insbesondere der österreichische Versöhnungsbund, aber auch einzelne VB-Mitglieder aus Westdeutschland, hatten durch ihre teils heimlichen, teils offenen Kontakte mit Schriften, Filmen und Seminaren zum Erstarren der Friedensbewegung in der DDR beigetragen; die wesentlichen Anstöße kamen allerdings von den Menschen dort selbst.

Die Bedingungen für die Friedens- und Versöhnungsarbeit haben sich gegenüber früheren Zeiten sicher verbessert: Wir müssen nicht mehr um unser Leben oder unsere Freiheit fürchten, werden nicht mehr verfemt oder als Vaterlandsverräter aus-

gegrenzt. Unsere Anliegen sind sogar salonfähig geworden.

Andererseits sind die uns gestellten Aufgaben nicht leichter geworden; wegen der äußeren guten Verhältnisse ist es eher schwieriger, die Gewissen zu wecken.

Die Mehrheit der Menschen hat sich an den weltweiten Einsatz des Militärs – wie zu Zeiten des Imperialismus – gewöhnt. Der Gebrauch von Atomwaffen im »Krieg gegen den Terror« ist kein Tabu mehr und wird offen in Erwägung gezogen, ebenso wie die Folter gegen Menschen, die als Terroristen verdächtigt werden.

Auch in demokratischen Staaten gibt es kein Menschenrecht mehr, das nicht auf dem Altar der Sicherheit geopfert werden kann; Guantanamo zeugt davon.

Der strukturellen Gewalt durch Staat und Wirtschaft, an der mehr Menschen zugrunde gehen als durch direkte Einwirkung von Waffen, stehen wir zumeist ohnmächtig gegenüber.

Unser Ziel eines Friedens in Gerechtigkeit liegt noch in weiter Ferne.

Ullrich Hahn ist Vorsitzender des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes. Der Text ist das Manuskript des Vortrages von Ullrich Hahn beim deutsch-französischen Treffen in Verdun am 29. September/1. Oktober.



Forum Pazifismus

Ja, ich möchte das Forum Pazifismus-Abo.
Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt beim Normalabo 20 € zzgl. 2 € für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30.11. schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Förderabo I (30 €) Förderabo II (40 €)
 Förderabo III* (50 €) Normalabo (20 €)

Ich möchte das ermäßigte Abo für DFG-VK-Mitglieder (18 €)
Meine Mitgliedsnummer lautet: _____

Ich möchte das ermäßigte Abo für BSV-Mitglieder (18 €)
Zu den genannten Abopreisen kommen jeweils 2 € für Porto und Verpackung hinzu.
*Das Förderabo III beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende.

(Organisation) _____
Vorname _____
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum/Unterschrift _____

Ich bezahle bequem per Bankeinzug Konto _____
Bank _____ BLZ _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei Forum Pazifismus, Postfach 150354, 70076 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum Unterschrift